

BDP – Die neue Kraft

Forderungen der BDP

Die BDP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 15. Januar 2011 in Liestal die politischen Schwerpunkte für die eidgenössischen Wahlen 2011 vorgestellt. Aus den drei Handlungsfeldern

- Finanz- und Wirtschaftspolitik
- Gesellschaft, Familie und Bildung
- Umwelt, Energie und Raumplanung

wird die BDP sich mit den zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumenten insbesondere für die folgenden Anliegen einsetzen. Die BDP verzichtet damit, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, bewusst auf die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative. Sie ist überzeugt, ihre politischen Forderungen auf dem gewählten Weg effizienter und schneller umsetzen zu können.

Finanzen und Wirtschaft

Die BDP fordert eine „Schuldenbremse“ für die Sozialversicherungen

Der im internationalen Kontext vergleichsweise gute Zustand der Staatsfinanzen in unserem Land ist massgebend auf die Schuldenbremse zurückzuführen. Dieses Instrument stellt sicher, dass die Ausgaben des Bundes über einen Konjunkturzyklus nicht höher liegen als die Einnahmen, und verhindert, dass die Verschuldung ausser Kontrolle gerät. Bei der im letzten September durch den Souverän gutgeheissenen Revision wurde eine solche Regel auch bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) eingeführt. Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und die Invalidenversicherung (IV) hingegen unterliegen heute keiner solchen Steuerung. Vielmehr sind sowohl die Ansprüche der Leistungsbezüger wie auch die Beiträge an diese Sozialwerke gesetzlich fixiert, ohne dass Gewähr besteht, dass die Erträge die Ausgaben wirklich decken.

Gerät eine Sozialversicherung wie die AHV in finanzielle Schieflage, dürfen Sanierungsmassnahmen nicht zur politischen Frage werden, sondern müssen als logischer Automatismus verankert werden. Die BDP fordert deshalb, dass auch bei der Neuauflage der 11. AHV-Revision, wie bei der 6. IV-Revision sogenannte Fiskalregeln eingeführt werden. Bei der IV hat die Politik erst mit grosser Verspätung auf das finanzielle Ungleichgewicht reagiert. Hier gilt es, ein mögliches künftiges „Politikversagen“ – zum Beispiel aufgrund von Blockaden – zu verhindern

Bei der AHV sieht die aktuelle Rechnung bisher noch gut aus. Sobald die geburtenstarken Jahrgänge der „Baby-Boomer“ ins Rentenalter kommen, wird es aber zu hohen und rasch steigenden Defiziten kommen. Umso mehr gilt es bereits heute mit Fiskalregeln ein Abgleiten in die Verschuldung frühzeitig zu verhindern.

Die BDP verlangt die Einführung von Fiskalregeln für die AHV und die IV, entlang dem Konzept der Schuldenbremse.

BDP – Die neue Kraft

Die BDP fordert eine lebensformunabhängige Besteuerung

Nach wie vor gibt es im Bereich Ehepaarbesteuerung grosse Ungerechtigkeiten. Die BDP setzt sich dafür ein, dass nicht das Steuergesetz, bzw. die steuerliche Belastung die Lebensform und den Zivilstand eines Paares bestimmt. Die BDP fordert deshalb eine Reform, welche diese Ungerechtigkeiten mittels Individualbesteuerung oder mittels Splitting aus der Welt schafft. Nur mit einer umfassenden Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung kann der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen werden. Gleichzeitig werden damit der Mittelstand und junge Familien steuerlich entlastet, was aus Sicht der BDP dringend notwendig ist. Zu hinterfragen sind auch vergleichbare Ungerechtigkeiten im Bereich von AHV, Sozialversicherungen und BVG.

Die BDP fordert, dass eine Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung unverzüglich an die Hand genommen wird mit der klaren Zielsetzung, die durch unterschiedliche Lebensformen verursachte ungerechte Ungleichbehandlung aufzuheben.

Die BDP will schwere Steuerhinterzieher entschieden anfassen

Für die BDP ist klar, dass nicht nur Steuerbetrug, sondern auch schwere Steuerhinterziehung strafbar sein muss. Wer absichtlich und fortgesetzt erhebliche Vermögenswerte hinterzieht, legt ein deliktisches Verhalten an den Tag und unterscheidet sich deutlich von denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die versehentlich etwas in der Steuererklärung vergessen haben. Die BDP hat deshalb bereits via eine parlamentarische Initiative gefordert, dass einerseits der Schutz der wirtschaftlichen Privatsphäre durch das Bankkundengeheimnis in der Verfassung verankert, andererseits aber gleichzeitig präzisiert wird, wen das Bankkundengeheimnis künftig schützen soll und wen nicht. Für die BDP ist klar, dass bei systematischer und fortgesetzter Hinterziehung von erheblichen Vermögenswerten die wirtschaftliche Privatsphäre nicht mehr schützenswert ist. Die BDP ist davon überzeugt, dass dies auch dem Rechts- und Gerechtigkeitsverständnis der Schweizerinnen und Schweizer entspricht.

Die BDP hält deshalb ihre Forderung aufrecht, dass die systematische und fortgesetzte Hinterziehung von erheblichen Vermögenswerten strafrechtlich sanktioniert und nicht mehr durch die wirtschaftliche Privatsphäre geschützt wird.

Die BDP fordert konkrete Massnahmen gegen Dumpinglöhne ausländischer Firmen

Im Rahmen der Personenfreizügigkeit dürfen ausländische Firmen 90 Tage ohne Bewilligung in der Schweiz arbeiten. Viele von ihnen unterlaufen dabei die gesetzlichen Bestimmungen und respektieren die Schweizer Mindestlöhne nicht. Insbesondere im Tessin, aber auch in grenznahen Gebieten in der Deutschschweiz und in der Romandie wächst der Unmut schweizerischer KMU, die zunehmend Aufträge an ausländische Lohndumpingsünder verlieren. Ausländische Firmen werden zwar intensiv kontrolliert und auch gebüsst, zahlen diese Bussen aber meist gar nicht, da die Instrumente zur Durchsetzung der bestehenden Bestimmungen fehlen.

Die BDP fordert, dass die flankierenden Massnahmen zur Vermeidung von Dumpinglöhnen gezielt ausgebaut werden: Erstens durch die Einführung einer allgemeinen Beweispflicht (ausländische Firmen müssen nachweisen, dass sie gegen keine Bestimmungen verstossen); zweitens durch die Einführung einer landesweiten Kautionspflicht für alle Branchen und drittens durch die Möglichkeit, dass festgestelltes Lohndumping zur sofortigen Wegweisung der betroffenen Firmen führt.

BDP – Die neue Kraft

Gesellschaft, Familie und Bildung

Die BDP fordert koordinierte Blockzeiten in den Grundschulen

Auch in einer modernen Gesellschaft bleibt die Familie die Basis. Die BDP identifiziert sich in hohem Mass mit der „traditionellen“ Familie, unterstützt aber auch moderne Gemeinschaftsformen und unterschiedliche Familienmodelle, ohne diese gegen einander auszuspielen. Sie sagt deshalb ja zur Förderung familienunterstützender und schulbegleitender Tagesstrukturen, weil sie überzeugt ist, dass diese infolge der veränderten Lebensbedingungen in der heutigen Gesellschaft einem Bedürfnis entsprechen. Familien, die wegen Erwerbsverpflichtungen nicht in der Lage sind, tagsüber flexible Betreuungsaufgaben für ihre Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, muss geholfen werden. Die Vereinbarkeit von Familie- und Erwerbstätigkeit in der Schweiz ist noch nicht erfüllt. Das zeigt die Tatsache, dass vier von zehn Frauen mit tertiärer Ausbildung kinderlos bleiben. Ausgebildeten Familienmüttern soll die Rückkehr in den Berufsalltag aber nicht zusätzlich erschwert werden. Auch aus sozio-ökonomischer Sicht ist dies wenig sinnvoll: Der Wirtschaft entgehen so unverzichtbare, gut qualifizierte Arbeitskräfte.

Die BDP verlangt die Einführung landesweit koordinierter Blockzeiten in der Grundschule, ergänzt durch das Angebot eines fakultativen Mittagstisches.

Die BDP setzt sich für ein Förderprogramm für Technik und Naturwissenschaften an den Grund- und Mittelschulen ein

Ingenieurinnen und Ingenieure sind für die Innovationskraft des Werkplatzes Schweiz ausserordentlich wichtig. Sie setzen neue Technologien industriell und volkswirtschaftlich um und bringen das Land damit längerfristig weiter. Die Schweizer Wirtschaft könnte doppelt so viele MINT-Fachkräfte (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) brauchen, als zurzeit pro Jahr abschliessen, und zwar auf Universitäts- wie auf Fachhochschulstufe. Doch in der Schweiz entscheiden sich nur 17 Prozent der Studierenden für naturwissenschaftliche Studienfächer. Bei den zugewanderten Akademikern beträgt der Anteil 35 Prozent. Dabei gilt es auch ein spezielles Augenmerk auf die Förderung der Frauen zu richten. Ihr Anteil ist in diesen Bereichen sehr klein.

Die BDP setzt sich dafür ein, dass geeignete Fördermassnahmen ausgearbeitet werden. Bereits in den Grund- und Mittelschulen muss das Interesse für Technik und Naturwissenschaften geweckt werden, insbesondere auch bei jungen Frauen. Dazu gehören auch spezielle Fördermassnahmen für technisch-handwerkliche Berufe.

BDP – Die neue Kraft

Umwelt, Energie und Raumplanung

Die BDP fordert den Schutz der wertvollen landwirtschaftlichen Nutzflächen analog zum heutigen Waldgesetz und eine massive Begrenzung des künftigen Waldflächenwachstums auf den Stand des Jahres 2011

Pro Tag werden acht bis zehn Fussballfelder überbaut und damit der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Das heisst, pro Jahr verschwinden ungefähr 27 Quadratkilometer landwirtschaftliche Nutzfläche. Andererseits wächst der Wald pro Jahr um bis zu 50 Quadratkilometer. Der Wohnflächenbedarf pro Kopf nimmt pro Jahr im Moment um 1,5 Quadratmeter zu. Die Bevölkerungsentwicklungsprognose bis 2030 rechnet mit einer Zunahme von heute 7,8 Mio. auf etwa 9,0 Mio. Einwohner. Zudem ist festzustellen, dass sich die ländlichen Regionen zum Teil entvölkern und die urbanen Zentren immer stärker ausdehnen. Schaut man dieser Entwicklung tatenlos zu, so besteht die Schweiz in ungefähr 200 Jahren nur noch aus Wald und Siedlungsgebiet. Diese Entwicklung ist dramatisch und darf so nicht weitergehen. Die Raumplanung gewinnt mit dem Raumkonzept Schweiz und der Landschaftsinitiative an Bedeutung. Dies ist richtig und wichtig. Die BDP ist überzeugt, dass die Raumordnungspolitik eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre sein wird.

Es ist nicht so, dass die BDP dem Wald an den Kragen will. Wälder sind wichtige und unentbehrliche Ökosysteme. Die schweizerische Waldgesetzgebung die dazu geführt hat, dass sich die Waldfläche seit Mitte des vorletzten Jahrhunderts praktisch verdoppelt hat ist exemplarisch. Wir leben aber in der Schweiz auf engem Raum. Wenn sich die Siedlungsfläche jährlich um die Fläche des Brienersees und der Wald um jene des Thunersees ausdehnt und die landwirtschaftliche Nutzfläche um die gleiche Fläche schrumpft, müssen wir **neue Wege** gehen.

Die BDP fordert, dass die wertvollen landwirtschaftlichen Nutzflächen analog zum heutigen Waldgesetz verbindlich auszuscheiden sind und nur noch durch Ersatzmassnahmen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden dürfen.

Der Wald soll Bestandteil der Raumplanung werden. Das Waldgesetz soll so geändert werden, dass ein wesentlicher Teil der künftigen Zunahme der Waldfläche kompensiert werden kann. Dabei ist zu überlegen, ob die Waldgrenzen statisch festzulegen sind.

Die BDP fordert die konsequente Nutzung bestehender, erschlossener Bau- substanz im Nichtsiedlungsgebiet und eine stärker nach innen gerichtete Siedlungsentwicklung. Sie fordert ausserdem eine massive Verdichtung in Städten und Agglomerationen zwecks Reduktion des Landverschleisses sowie eine massvolle verdichtete Entwicklung im ländlichen Raum mit der Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzonen.

Wir müssen den Bodenverbrauch drastisch reduzieren und verstärkt nach innen lenken, weil uns **erstens** die Kosten der Zersiedelung aus dem Ruder laufen und weil wir **zweitens** die Verschandelung unserer Landschaften stoppen müssen. Es gibt aber noch einen **dritten** Grund: Der Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vor einigen Monaten haben beide Räte eine Motion überwiesen, welche den Bundesrat beauftragt, alles zu tun, um den Selbstversorgungsgrad der Bevölkerung bei 60 Prozent zu halten. Ohne einschneidende Massnahmen im Bereich der Raumplanung ist dieses Ziel nicht erfüllbar! Die heutige Entwicklung führt aber auch zu einer Entvölkerung des ländlichen Raumes. Die BDP will auch dieser einseitigen Zentralisierung entgegen wirken.

Der Boden ist eine endliche Ressource und sein Verlust irreversibel. Bei Umweltproblemen kann sich der Mensch bis zu einem gewissen Grad an die neuen Umstände anpassen. Beim Boden ist dies nicht möglich.



BDP – Die neue Kraft

Die Nachfrage nach Fläche, nach Nahrung und Energie kann durch keine Form von Anpassung umgangen werden. Darum ist es von grösster Bedeutung, dass wir mit dem Boden haushälterischer umgehen.

Bestehende, erschlossene Bausubstanz im Nichtsiedlungsgebiet ist konsequent zu nutzen, so wie es der Nationalrat im Rahmen der Aufhebung der Lex Koller vorgeschlagen hat.

Um den Landverschleiss zu reduzieren, muss die Siedlungsentwicklung viel stärker nach innen gerichtet und die Verdichtung massiv erhöht werden. Die BDP verlangt verbindliche Vorgaben des Bundes an die Kantone, verbunden mit einem wirkungsvollen Controlling.

Eine massvolle verdichtete Entwicklung im ländlichen Raum mit der Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplatzzonen muss gewährleistet sein, um dem Trend der Entvölkerung entgegen zu wirken und nicht zuletzt auch, um einen Beitrag zur Reduktion der Mobilität zu erreichen.